

Geschäftsbericht 2017



Öffentliche Versicherung Bremen

Inhalt

Gremien

- 5 Organe der Öffentlichen Versicherung Bremen
- 8 Beirat

Öffentliche Versicherung Bremen

- 9 Lagebericht
- 26 Gewinnverwendungsvorschlag
- 27 Jahresabschluss
- 43 Bestätigungsvermerk
- 48 Bericht des Aufsichtsrats

Aufsichtsbehörde und Trägerversammlung der Öffentlichen Versicherung Bremen

Aufsichtsbehörde

Die Senatorin für Finanzen

Trägerversammlung

Hermann Kasten
Vorsitzender des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe
stellv. Vorsitzender

Dr. Guido Brune
Mitglied des Vorstands
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg GZ
bis 31.8.2017

Marc Schwammbach
Bankdirektor
NORD/LB
Norddeutsche Landesbank GZ
seit 1.9.2017

Peter Klett
Vorsitzender des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Dr. Heiko Staroßom
Mitglied des Vorstands
Die Sparkasse Bremen AG

Aufsichtsrat der Öffentlichen Versicherung Bremen

Ordentliche Mitglieder

Hermann Kasten
Vorsitzender des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover
Vorsitzender

Friedrich v. Lenthe
Rechtsanwalt und Notar, Landwirt
Präs. Landschaftsrat, Obergut Lenthe
stellv. Vorsitzender

Christian Bruns
Geschäftsführer i. R.
Vorsitzender des Beirats

Dr. Guido Brune
Mitglied des Vorstands
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – GZ
bis 31.8.2017

Christian Veit
Regionalvorstand
NORD/LB Verbundkunden
Norddeutsche Landesbank GZ
seit 1.9.2017

Peter Klett
Vorsitzender des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Dr. Heiko Staroßom
Mitglied des Vorstands
Die Sparkasse Bremen AG

Petra Vettters*
Sachbearbeiterin

Martina Zachrau*
Sachbearbeiterin

Markus Westermann*
Gewerkschaftssekretär der ver.di

* Arbeitnehmervertreter/innen

Aufsichtsrat, Vorstand, verantwortliche Aktuarin der Öffentlichen Versicherung Bremen

Aufsichtsrat Stellvertretende Mitglieder

Thomas Vorholt
Mitglied des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover

Dr. Ulrich Knemeyer
Mitglied des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover

Jochen Herdecke
Mitglied des Vorstands
Landschaftliche Brandkasse Hannover
bis 16.2.2017

Andreas Möller
Direktor
Landschaftliche Brandkasse Hannover
seit 16.2.2017

Andreas Hähndel
Stellv. Vorsitzender des Vorstands
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – GZ
bis 30.9.2017

Marc Schwammbach
Bankdirektor
NORD/LB
Norddeutsche Landesbank GZ, Hannover
seit 4.10.2017

Alexander zu Putlitz
Mitglied des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Joachim Döpp
Mitglied des Vorstands
Die Sparkasse Bremen AG

Vorstand

Frank Müller
Sprecher des Vorstands

Dirk Wurzer
Mitglied des Vorstands

Verantwortliche Aktuarin

Angelika Müller

Beirat der Öffentlichen Versicherung Bremen

Mitglieder

Jens Bieniek
Mitglied des Vorstands
BLG Logistics Group AG & Co. KG

Christian Bruns
Geschäftsführer i. R.

Matthias Ditzen-Blanke
Verleger
Nordsee-Zeitung GmbH

Dr. Matthias Fonger
Hauptgeschäftsführer und I. Syndikus
Handelskammer Bremen

Melf Grantz
Oberbürgermeister der
Stadt Bremen

André Grobien
Geschäftsführender Gesellschafter
Lampe & Schwartze KG

Andreas Hähndel
Stellv. Vorsitzender des Vorstands
Bremer Landesbank
Kreditanstalt Oldenburg – GZ
bis 30.9.2017

Bürgermeisterin Karoline Linnert
Senatorin für Finanzen

Marc Schwammbach
Bankdirektor
NORD/LB
Norddeutsche Landesbank GZ, Hannover
seit 4.10.2017

Manfred Sydow
Mitglied des Vorstands
GEWOBA Wohnen und Bauen AG

Alexander zu Putlitz
Mitglied des Vorstands
Weser-Elbe Sparkasse

Lagebericht

Bericht des Vorstands

Geschäftsmodell

Die Öffentliche Versicherung Bremen (ÖVB) ist in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts als Versicherungsunternehmen tätig. Sie ist Marktführer in ihrem Geschäftsgebiet, dem Staatsgebiet der Freien Hansestadt Bremen, und betreibt das Geschäft im Interesse ihrer Versicherungsnehmer und des gemeinen Nutzens. Im Handelsregister A des Amtsgerichts Bremen ist die Gesellschaft unter der Nummer HR A 22247 HB eingetragen.

Träger der Öffentlichen Versicherung Bremen sind die Landschaftliche Brandkasse Hannover, die Sparkasse Bremen, die Norddeutsche Landesbank sowie die Weser-Elbe Sparkasse. Die Landschaftliche Brandkasse Hannover ist als verbundenes Unternehmen (Mutterunternehmen) im Sinne von § 271 Abs. 2 HGB anzusehen. Der Jahresabschluss der Öffentlichen Versicherung Bremen wird in den Konzernjahresabschluss der Landschaftlichen Brandkasse Hannover, Hannover, als Tochterunternehmen einbezogen. Der Konzernabschluss wird beim Amtsgericht Hannover hinterlegt und im Bundesanzeiger veröffentlicht.

Im Rahmen der engen Kooperation mit den VGH Versicherungen (VGH), die seit den achtziger Jahren besteht, wurde die erfolgreiche Zusammenarbeit weiter ausgebaut. Die Öffentliche Versicherung Bremen betreibt die Sachversicherung und die private Haftpflichtversicherung. Lebensversicherungen vermitteln die gemeinsamen Vertriebsorganisationen an die Provinzial Lebensversicherung Hannover; das Krankenversicherungsgeschäft an die Provinzial Krankenversicherung Hannover AG. Gewerbliches Haftpflicht-, Unfall-, Kraftfahrt- und Rechtsschutzversicherungsgeschäft sowie technische Zweige und Transportversicherungen werden für die Landschaftliche Brandkasse Hannover vermittelt.

Durch das gemeinsame Auftreten als „Öffentliche Versicherung Bremen“ der im Rahmen dieser Kooperation beteiligten öffentlich-rechtlichen Versicherer wird das umfassende Leistungsangebot im Land Bremen sichergestellt. Die Produktpolitik zielt darauf ab, geänderte Kundenbedürfnisse schnell und flexibel in neue Produkte umzusetzen. Die Optimierung der Geschäftsprozesse unterstützt dabei Schnelligkeit und Flexibilität im Angebot und ermöglicht ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis für die Kunden.

Unsere Hauptvertriebswege – die selbstständige Ausschließlichkeitsorganisation und die Sparkassen – gewährleisten eine hohe Servicequalität vor Ort. Traditionell arbeitet die ÖVB im Bremer Markt als historisch gewachsenem Maklerplatz zudem mit ausgewählten Assekuradeuren und Maklerhäusern zusammen, um unsere Wettbewerbsposition zu stärken.

Das Geschäftsmodell basiert auf den Grundsätzen der Fairness, Gegenseitigkeit und Regionalität sowie der unternehmerischen Selbstständigkeit und Gemeinwohlorientierung. Wir setzen auf evolutionären Wandel und nachhaltiges Handeln im ökonomischen, ökologischen und sozialen Sinne.

Um unsere Wettbewerbsfähigkeit langfristig zu sichern, orientieren wir uns an folgenden Unternehmenszielen:

- Auskömmlichkeit des versicherungstechnischen Kerngeschäfts
- Marktführerschaft im Geschäftsgebiet
- Enge Kundenbindung und ausgeprägte Kundennähe
- Attraktive Produkte
- Überdurchschnittliche Servicequalität

Unser übergeordnetes Ziel ist die Erwirtschaftung eines durchschnittlich positiven versicherungstechnischen Ergebnisses, um die langfristige Tragfähigkeit des Geschäftsmodells zu sichern.

Wirtschaftsbericht

Allgemeine Rahmenbedingungen

Kapitalmärkte

Die Europäische Zentralbank (EZB) hat erwartungsgemäß ihre lockere Geldpolitik konsequent fortgeführt. Der Leitzins im Euroraum wurde auf dem Rekordtief von null Prozent und der Einlagezins für Banken bei der Notenbank bei – 0,4 Prozent unverändert fortgeschrieben. Das Anleiheaufkaufprogramm hat die EZB bis mindestens Ende September 2018 verlängert. Die Halbierung des monatlichen Volumens auf 30 Milliarden Euro ab Januar 2018 wird jedoch als erster Schritt in den Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik gewertet.

Die Rentenmärkte waren weiterhin von einer hohen Volatilität geprägt. Die Rendite für 10-jährige Bundesanleihen startete zu Jahresbeginn mit 0,28 Prozent, fiel jedoch im Laufe des Aprils auf 0,15 Prozent und stieg im Juli auf den Jahreshöchstwert von 0,58 Prozent. Im vierten Quartal engten sich die Kursschwankungen etwas ein. Nach einem Aufwärtstrend in den letzten drei Wochen des Jahres lag die Rendite zum Jahresende bei 0,42 Prozent.

Unterstützt von einem starken Wirtschaftswachstum und guten Gewinnaussichten der Unternehmen weltweit haben die Aktienmärkte in 2017 neue Höchststände erreicht. Der überraschende Ausgang der Präsidentenwahlen in den USA, die Entwicklungen in Nordkorea, die schwierigen Verhandlungen zum Brexit und die Unabhängigkeitsbestrebungen Kataloniens zeigten die erheblichen politischen Unwägbarkeiten. Jedoch überlagerten diese nur bedingt die stabilen fundamentalen Daten der Weltwirtschaft. Die Jahresperformance des deutschen Leitindex DAX lag bei rund 12,5 Prozent, die des MSCI World in Euro bei rund 7,5 Prozent.

Konjunkturelles Umfeld

Die Wirtschaft im Euroraum befand sich weiterhin auf einem starken und stabilen Wachstumskurs. Das ifo-Institut rechnet für das Jahr 2017 in der Eurozone mit einem Wirtschaftswachstum von 2,4 Prozent. Getragen wurde die positive Entwicklung durch privaten Konsum und Investitionen, die verbesserte Lage auf den Arbeitsmärkten der Mitgliedstaaten sowie der verstärkten Auslandsnachfrage in wichtigen Absatzmärkten.

In Deutschland beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum in 2017 auf 2,3 Prozent, nachdem im Vorjahr ein Anstieg von 1,9 Prozent verzeichnet werden konnte. Bislang stützten der private Konsum und die Bauwirtschaft das Wachstum, hinzugekommen ist nunmehr eine beschleunigte industrielle Produktion infolge verstärkter Impulse aus dem Ausland. Diese Entwicklung führte zur höchsten Beschäftigtenzahl in Deutschland nach der Wiedervereinigung. Dennoch blieb ein außergewöhnlicher Lohn- und Preisanstieg bislang aus. Die Inflationsrate für Deutschland liegt bei 1,8 Prozent.

Deutscher Versicherungsmarkt

Der kräftige gesamtwirtschaftliche Aufschwung des Geschäftsjahres 2017 gab der Versicherungswirtschaft gute Wachstumsimpulse. Die robuste Binnenwirtschaft und die gute wirtschaftliche Lage der privaten Haushalte, auf die ein Großteil der Versicherungsnachfragen entfällt, unterstützten die Nachfrage nach Versicherungen.

Die aktuellen Prognosen für den gesamten deutschen Versicherungsmarkt lässt eine Steigerung der Beitragseinnahmen von 1,3 Prozent erwarten. Die Schaden-/Unfallversicherungen vereinnahmten ein Beitragsvolumen von ca. 68,3 Milliarden Euro mit einem Beitragsanstieg von 3,0 Prozent. Der Beitragsanstieg in der Sachversicherung beträgt 3,2 Prozent und ist einerseits auf steigende Versicherungssummen und Deckungserweiterungen zurückzuführen, andererseits erfolgten in der Verbundenen Wohngebäudeversicherung spürbare Beitragsanpassungen.

Außerordentliche Feuer-Großschäden sowie kostenintensive Sturmereignisse belasteten die Schadenbilanz in der Sachversicherung in einem geringeren Umfang als in den Vorjahren. Mit einem Aufwand marktweit von ca. 2 Milliarden Euro lag die Schadensumme der wenigen, regional stark begrenzten Unwetter leicht unter dem langjährigen Durchschnitt. Insgesamt erwartet der Markt eine Combined Ratio von 94,0 Prozent (Vorjahr: 94,7 Prozent).

Diese Gesamtentwicklung spiegelt sich weitgehend auch im Geschäftsgebiet der ÖVB wider. Norddeutschland war im Geschäftsjahr 2017 von Naturschadenereignissen deutlich stärker betroffen als andere Teile Deutschlands. Im Geschäftsgebiet der ÖVB waren die Auswirkungen hingegen nicht spürbar.

Veränderte Markt- und Wettbewerbsbedingungen

Solvency II

Seit Januar 2016 ist das neue europäische Aufsichtsregime Solvency II in Kraft. Mit Einführung der neuen Solvenzregeln gelten für Versicherer weiterentwickelte Solvabilitätsanforderungen, denen eine ganzheitliche Risikobetrachtung zugrunde liegt. Auf diese Weise soll das Insolvenzrisiko eines Versicherers vorausschauend verringert werden. Ein weiteres Ziel ist eine verbesserte Information der Verbraucher durch zusätzliche Berichtspflichten. Im Geschäftsjahr haben die Versicherer erstmals den SFCR-Bericht veröffentlicht. Darüber hinaus wurden die Mindestanforderungen an die Geschäftsorganisation sowie die Verordnung über die Berichterstattung von Versicherungsunternehmen gegenüber der BaFin in 2017 neu geregelt.

Insurance Distribution Directive (IDD)

Mit der ab Februar 2018 geltenden Insurance Distribution Directive (IDD) soll eine Verbesserung des Verbraucherschutzes sowie eine Harmonisierung des Versicherungsvertriebsrechts in der EU erreicht werden. Die damit verbundenen Umsetzungsnotwendigkeiten im Versicherungsvertrieb, insbesondere in den Bereichen Vergütung, Produkte, Aus- und Weiterbildung sowie Beratung, sind von den Unternehmen zu identifizieren und fristgerecht umzusetzen.

EU-Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO)

Im Mai 2018 treten neue Regelungen aufgrund der in nationales Recht umzusetzenden EU-DSGVO in Kraft. Diesbezüglich ist eine Harmonisierung des Datenschutzrechts in der EU das Hauptziel der neuen Regelungen. In den Unternehmen sind zahlreiche Anpassungen vorzunehmen, um eine gesetzeskonforme Aufstellung fristgerecht gewährleisten zu können.

Allgemeiner Geschäftsverlauf

Gesamtbewertung

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die ÖVB einen sehr erfreulichen Geschäftsverlauf verzeichnen. Die rückläufige Schaden- und Kostenquote führte zu einem deutlich positiven technischen Gesamtergebnis. Die Eigenmittelausstattung konnte über die Erwartungen hinaus ausgebaut werden.

Die Brutto-Beitragseinnahmen im gesamten Geschäft der Öffentlichen Versicherung Bremen stiegen im Jahr 2017 um 2,4 Prozent auf 27.075 Tausend Euro (Vorjahr: 26.435 Tausend Euro). Das selbst abgeschlossene Geschäft erreichte ein Beitragsvolumen von 25.994 Tausend Euro (Vorjahr: 25.356 Tausend Euro) und lag mit 2,5 Prozent über dem Vorjahreswert.

Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft

In der Kundengruppe Privat ist bei der Öffentlichen Versicherung Bremen ein Rückgang von Verträgen um 2,1 Prozent zu verzeichnen. Ursächlich hierfür sind Kündigungen von unrentablen Kundenverbindungen und die Auflösung von Altprodukten. Gleichzeitig gelang es durch Sanierungen, Beitragssteigerungen durchzusetzen, sodass die Beitragseinnahme in diesem Kundensegment um 4,2 Prozent (Markt: 4,5 Prozent) auf 15.936 Tausend Euro gestiegen ist. In der Kundengruppe Gewerbe verzeichnet die Öffentliche Versicherung Bremen eine Beitragssteigerung von 5,5 Prozent auf 5.681 Tausend Euro. Der Vertragsbestand ist in diesem Segment um 3,0 Prozent gewachsen. Trotz der fortgeführten ertragsorientierten Zeichnungspolitik konnte der Marktanteil deutlich ausgebaut werden. In der Kundengruppe Industrie haben sich erwartungsgemäß sowohl der Bestand als auch die Beitragseinnahme durch die konsequent fortgesetzte Sanierungsstrategie rückläufig entwickelt.

Der Schadenaufwand im selbst abgeschlossenen Geschäft liegt 2017 mit 13.147 Tausend Euro (Vorjahr: 13.906 Tausend Euro) leicht unter dem Vorjahresniveau. Die bilanzielle Schadenquote lag mit 50,7 Prozent deutlich unter dem langjährigen Durchschnitt.

	2013	2014	2015	2016	2017
Gebuchter Bruttobeitrag saG in Tsd. €	24.536	24.781	24.477	25.356	25.994
Brutto-Schadenquote saG in %	76,3	70,7	58,1	55,0	50,7

Investitionen in Personal, Prozesse und Abläufe sowie EDV-Anwendungen wurden fortgeführt. Die bilanzielle Kostenquote verringerte sich von 29,1 Prozent auf 28,3 Prozent zurück. Die Combined Ratio als Summe aus Schaden- und Kostenquote ging von 84,1 Prozent im Vorjahr auf 79,0 Prozent im Geschäftsjahr zurück (Markt: 94,0 Prozent).

Das versicherungstechnische Ergebnis des selbst abgeschlossenen und übernommenen Versicherungsgeschäfts entwickelte sich wie folgt:

	2016 in Tsd. €	2017 in Tsd. €
Bruttoergebnis*	3.444	4.907
Anteil Rückversicherer	- 2.275	- 2.840
Veränderung Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen	- 1.177	- 453
Versicherungstechnisches Ergebnis Gesamt	- 8	1.614

Die Kapitalanlagen erwirtschafteten ein Ergebnis von 677 Tausend Euro (Vorjahr: 1.489 Tausend Euro – geprägt durch Sondereinflüsse). Dies entspricht einer Nettoverzinsung von 3,0 Prozent (Vorjahr: 5,4 Prozent). Durch Verkäufe wurden Abgangsgewinne von 178 Tausend Euro realisiert. Wie in den Vorjahren bilanziert die Öffentliche Versicherung Bremen nach dem strengen Niederstwertprinzip. Die stillen Reserven in Kapitalanlagen betragen zum Bilanzstichtag 8,3 Prozent der gesamten Kapitalanlagen (Vorjahr: 8,8 Prozent).

Das nicht-versicherungstechnische Ergebnis liegt mit – 905 Tausend Euro deutlich unter dem entsprechenden Vorjahreswert von – 604 Tausend Euro. Im Vorjahr haben insbesondere versicherungsmathematische Gewinne aus der Bewertung der Pensionsrückstellungen zu der Ergebnisverbesserung beigetragen.

	2016 in Tsd. €	2017 in Tsd. €
Versicherungstechnisches Ergebnis Gesamt	- 8	1.614
Kapitalanlageergebnis	1.489	677
Sonstiges nicht-versicherungstechnisches Ergebnis	- 604	- 905
Brutto-Jahresüberschuss vor Steuern	877	1.386

Überschussverwendung

Vor Ertragsteuern verbleibt ein erwirtschaftetes Ergebnis von 1.386 Tausend Euro. Aufgrund vorhandener steuerlicher Verlustvorträge beläuft sich der Steueraufwand auf 79 Tausend Euro. Der Trägerversammlung wird vorgeschlagen, den Gewinnrücklagen 1.931 Tausend Euro zuzuführen und 60 Tausend Euro als Verzinsung des Trägerkapitals bereitzustellen.

Geschäftsverlauf im Einzelnen

Private Sachversicherung

Die Kundengruppe „Private Sachversicherung“ umfasst im Wesentlichen die Sparten Verbundene Wohngebäude, Verbundene Hausrat und Glas.

	Gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2017 In Tsd. €	in % zum Vorjahr	2016 %	2017 %
Private Sachversicherung	15.936	4,2	59,3	58,5
davon:				
Verbundene Wohngebäude	11.779	5,8	63,4	65,8
Verbundene Hausrat	3.632	- 0,2	50,1	37,6

Der konsequent fortgeführte Sanierungskurs, das Rabattcontrolling und die Beitragsanpassungen in der verbundenen Wohngebäudeversicherung tragen zu einer deutlichen Verbesserung der Ertragslage in dieser Kundengruppe bei.

Das Ziel unserer Aktivitäten im Privatkundengeschäft liegt, wie schon im Vorjahr, in der Ergebnisverbesserung, insbesondere in der Wohngebäudeversicherung. Hierzu wurden zielgerichtet zahlreiche Aktivitäten umgesetzt. Mit Einführung einer Mehrfachschadenanweisung sind Sanierungsmaßnahmen bei stark schadenbelasteten Verträgen konsequent fortgeführt worden. Um zu vermeiden, Gebäude zu nicht risikogerechten Konditionen von Mitbewerbern zu zeichnen, wurden die Vollmachten für den Fallabschluss eingeschränkt. Dadurch konnte zunächst die individuelle Vorschadensituation geklärt werden.

Die Schadensituation in der privaten Sachversicherung hat sich im Vergleich zum Vorjahr stabilisiert. Hier wirken sich sowohl die beschriebenen Sanierungsmaßnahmen als auch das Ausbleiben größerer Kumulschadenergebnisse positiv aus.

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt 820 Tausend Euro (Vorjahr: - 225 Tausend Euro). Das Ergebnis beinhaltet eine Auflösung der Schwankungsrückstellung in der Sparte Wohngebäude in Höhe von 553 Tausend Euro und eine Zuführung in der Hausratversicherung von 316 Tausend Euro.

Gewerbliche Sachversicherung

Das Kundensegment „Gewerbliche Firmenkunden“ umfasst im Wesentlichen die Sparten Feuer-Einfach, Sturm, Leitungswasser, Einbruchdiebstahl, die verbundene Gewerbe-Kombi-Police und die Mietverlustversicherung.

Die Öffentliche Versicherung Bremen betrachtet dieses Kundensegment als einen attraktiven Markt mit guten Wachstumschancen. Daher steht diese Kundengruppe seit vielen Jahren im besonderen Fokus vertrieblicher Aktivitäten. Ein ertragsorientiertes Risikomanagement steht wesentlich im Vordergrund, damit risikogerechte Prämien in diesem wettbewerbsintensiven Kundensegment durchgesetzt werden können. So lag weiterhin der Schwerpunkt unserer Tätigkeiten im klassischen Gewerbegeschäft auf ertragsorientiertem Wachstum. Die Steuerung mittels eines differenzierten Rabattcontrollings sowie die Umsetzung der Mehrfachschadenanweisung bei Sanierungen hat die Ertragskraft in den Sparten der gewerblichen Sachversicherung gesteigert. Das ertragsorientierte Risikomanagement, die konsequente Fortführung der Sanierungsmaßnahmen sowie der Verkauf von risikogerechten Beiträgen hat maßgeblichen Einfluss auf die Schadenentwicklung in der

gewerblichen Sachversicherung genommen. Dennoch bleiben Brandstiftungen und sonstige böswillige Beschädigungen nicht gänzlich aus. Insgesamt war die Schadenbelastung im Geschäftsjahr spürbar rückläufig.

	Gebuchte Bruttobeiträge		Brutto-Schadenquote	
	2017 Tsd. €	in % zum Vorjahr	2016 %	2017 %
Gewerbliche Sachversicherung	5.681	5,5	66,2	46,8
davon:				
Feuer sonstige	3.180	7,2	83,4	40,6
Sturm	763	2,8	19,9	64,4
Leitungswasser	964	6,2	47,3	46,5
Einbruchdiebstahl	735	1,4	71,0	56,5

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt – 447 Tausend Euro (Vorjahr: – 652 Tausend Euro). Es berücksichtigt eine Zuführung zur Schwankungsrückstellung zu den genannten Sparten in Höhe von 380 Tausend Euro.

Industrielle Sachversicherung

Die Kundengruppe „Industrielle Firmenkunden“ umfasst die Sparten Feuer-Industrie, Betriebsunterbrechung und Extended Coverage.

Die Entwicklung in den Sparten der industriellen Sachversicherung ist erwartungsgemäß rückläufig, weil mit der Rückzeichnung von hochsummigen Risiken infolge des Austritts aus dem Zeichnungsverbund Beitragsverluste einhergehen.

Schwerpunkt der Tätigkeit im Jahr 2017 war die Fortsetzung der konsequenten Bestandssanierung. Die Aktivitäten wurden – wie schon in den Vorjahren – bei schadenbelasteten, untertariften und schweren Risiken erheblich verstärkt. Die Entwicklung in den Sparten der Industrieversicherung wurden bei der Öffentlichen Versicherung Bremen maßgeblich durch die Umstellung des Industriebestandes auf die neue Firmenindustriepolice sowie die Umstrukturierungen im industriellen Feuergeschäft nach der Auflösung des Zeichnungsverbundes geprägt.

Mit Rücknahme der Haftungsexponierung in diesem Segment und der damit verbundenen Reduzierung von Zeichnungsanteilen sank das Beitragsvolumen in der industriellen Sachversicherung um 12,3 Prozent auf 1.853 Tausend Euro leicht unter das Vorjahresniveau. Darüber hinaus hat sich die Öffentliche Versicherung Bremen von Risiken getrennt, bei denen eine bedarfs- und risikogerechte Beitragssteigerung nicht umsetzbar war. Die in den Vorjahren stark belastete Schadenentwicklung konnte durch Sanierungsmaßnahmen in allen Sparten dieser Kundengruppe gestoppt werden. Die insgesamt zufriedenstellende Schadenentwicklung ist maßgeblich dadurch geprägt, dass Frequenzschäden aus Beteiligungen an Risiken von Verbundunternehmen die Öffentliche Versicherung Bremen deutlich weniger treffen.

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt 35 Tausend Euro (Vorjahr: – 431 Tausend Euro). Unter Berücksichtigung der konsequenten Fortführung der eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen wird weiterhin mittelfristig eine deutliche Verbesserung der Ertragslage in den betroffenen Sparten erwartet.

Haftpflichtversicherung

Die Öffentliche Versicherung Bremen betreibt ausschließlich die Haftpflichtversicherung für den privaten Bereich. Die Beitragseinnahme verringerte sich aufgrund des anhaltenden intensiven Produkt- und Bedingungswettbewerbs um 1,4 Prozent (Markt: 2,5 Prozent) auf 2.471 Tausend Euro. Die fehlende Beitragsangleichung sowie ein leicht rückläufiger Bestand unterstützten diese Entwicklung. Die Combined Ratio lag bei 58,7 Prozent (Markt: 93,0 Prozent).

Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt 917 Tausend Euro (Vorjahr: 1.040 Tausend Euro).

In Rückdeckung übernommenes Geschäft

Das aktive Rückversicherungsgeschäft spielt mit einem Beitragsvolumen von 1.081 Tausend Euro (Vorjahr: 1.080 Tausend Euro) nur eine untergeordnete Rolle. Das versicherungstechnische Ergebnis für eigene Rechnung beträgt in diesem Geschäftssegment 349 Tausend Euro (Vorjahr: 271 Tausend Euro).

Kapitalanlagen

In einem Kapitalmarktumfeld mit weiterhin sehr niedrigen Zinsen und volatilen Aktienmärkte erwirtschaftete die Öffentliche Versicherung Bremen ein Kapitalanlageergebnis von 677 Tausend Euro (Vorjahr: 1.489 Tausend Euro – geprägt durch Sondereinflüsse). Daraus errechnet sich eine Nettoverzinsung von 3,0 Prozent (Vorjahr: 5,4 Prozent). Außerordentliche Erträge aus Abgangsgewinnen und Zuschreibungen in Höhe von 178 Tausend Euro standen außerordentliche Aufwendungen aus Abgangsverlusten und Abschreiben in Höhe von 39 Tausend gegenüber.

Vom Wahlrecht, Vermögensgegenstände wie Anlagevermögen zu bewerten, wurde kein Gebrauch gemacht. Die Bewertungsreserven betragen 8,3 Prozent (Vorjahr: 8,8 Prozent) der gesamten Kapitalanlagen.

Finanz-/Vermögenslage

Entwicklung der Aktiva

	2016 in Tsd. €	2017 in Tsd. €
Immaterielle Vermögensgegenstände	38	125
Kapitalanlagen	22.618	22.658
Forderungen	1.497	3.319
Sonstige Vermögensgegenstände	1.633	1.983
Sonstige	348	323
Summe Aktiva	26.134	28.408

Der Posten der immateriellen Vermögensgegenstände umfasst im Wesentlichen die von dem EDV-Dienstleister der Öffentlichen Versicherung Bremen erworbenen Lizenzen für die für den Geschäftsbetrieb bereitgestellten Anwendungssysteme und Nebenbücher.

Die Kapitalanlagen der Öffentlichen Versicherung Bremen sind in drei Segmente unterteilt. Das Replikationsportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln bester Bonität. Innerhalb des Risikoportfolios erfolgt eine aktive Risikonahme zur Erwirtschaftung

einer Rendite oberhalb des Replikationsportfolios. In diesem Segment erfolgt eine professionelle, zeitnahe Risikosteuerung. Die Investments, die die strategischen Ziele unterstützen, werden in dem dritten Segment gesteuert.

Der Anstieg der Forderungen resultiert aus den konzerninternen Abrechnungen mit der Muttergesellschaft im Rahmen der Rückversicherung.

Der Anstieg der sonstigen Vermögensgegenstände korrespondiert mit dem erhöhten Bestand an laufenden Guthaben bei Kreditinstituten.

Aufgrund der Verpflichtungsstruktur in Euro werden die Kapitalanlagen in Euro investiert. Anlagen in Fremdwährung werden grundsätzlich gesichert. Die Sicherstellung einer jederzeit ausreichenden Liquidität erfolgt durch eine rollierende Finanzplanung, die die laufenden Ein- und Auszahlungen aus der Versicherungstechnik, der Kapitalanlagetätigkeit und den sonstigen nicht-versicherungstechnischen Geschäftsvorfällen berücksichtigt. Darüber hinaus ermöglichen kurzfristige Liquiditätsbereitstellungen innerhalb des VGH Verbunds und fungible Kapitalanlagen die jederzeitige Zahlungsbereitschaft.

Entwicklung der Passiva

	2016 in Tsd. €	2017 in Tsd. €
Eigenkapital	6.784	8.091
Versicherungstechnische Rückstellungen	14.480	14.578
Andere Rückstellungen	2.834	2.931
Andere Verbindlichkeiten	2.036	2.808
Summe Passiva	26.134	28.408

Es wird ein Bilanzgewinn von 1.991 Tausend Euro ausgewiesen. Die Ergebnissituation der Öffentlichen Versicherung Bremen ermöglicht eine Zuführung zu den Gewinnrücklagen sowie eine Verzinsung des Trägerkapitals.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen liegen mit 14.578 Tausend Euro um 0,7 Prozent über dem Vorjahreswert. Der günstige Schadenverlauf und das in 2017 ergänzte Rückversicherungsprogramm führen zu geringeren Netto-Positionen bei den Beitragsüberträgen und den Schadenrückstellungen.

Der Bilanzposten Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen konnte aus dem Jahresergebnis um 453 Tausend Euro gestärkt werden. Damit steigt die handelsrechtliche Vorsorge der Öffentlichen Versicherung Bremen nochmals an.

Die Pensionsrückstellungen sind entsprechend einer Schuldbeitrittsvereinbarung zum 1.1.2015 an die Landschaftliche Brandkasse Hannover übertragen worden. Sie werden daher von der Öffentlichen Versicherung Bremen seit 2015 nicht mehr ausgewiesen. Die sonstigen Bilanzpositionen der Aktiv- und der Passivseite verlaufen erwartungsgemäß.

Die sonstigen Verbindlichkeiten umfassen einen erhöhten Abrechnungssaldo für konzerninterne Dienstleistungen mit dem Mutterunternehmen.

Schadenmanagement

Die Schadenregulierung ist einer der wichtigsten Kernbereiche von Versicherern. Mit der Beteiligung am verbundweiten Schadensystem iVAS-Schaden verfolgt die Öffentliche Versicherung Bremen das Ziel, die Arbeitsabläufe für die Mitarbeiter in der Schadenabteilung flexibler zu gestalten und den Agenturen mehr fachliche Unterstützung bei der Schadenbearbeitung zu bieten, um somit die Schadenregulierung zu beschleunigen und den Service für den Kunden zu erhöhen.

iVAS-Schaden wurde zunächst für die Regulierung von Sachschäden eingeführt und anschließend als Standardsystem inklusive der fallabschließenden Regulierung durch unsere Vertriebspartner etabliert.

Der Schadenaufwand nach Abwicklung im selbst abgeschlossenen Geschäft sinkt bei der Öffentlichen Versicherung Bremen im Jahr 2017 auf 13,1 Millionen Euro und damit auf den niedrigsten Stand der letzten 17 Jahre. Die Umsetzung der strukturellen Änderungen in der industriellen Feuerversicherung und die Sanierungsmaßnahmen in der privaten und gewerblichen Versicherung haben zu einer weiteren Verbesserung der Schadensituation geführt.

Schadenverhütung

Zu den beiden Berufsfeuerwehren in Bremen und Bremerhaven bestehen außerordentlich gute Verbindungen. Dasselbe gilt für den Landesfeuerwehrverband der Freiwilligen Feuerwehren im Land Bremen sowie den Werkfeuerwehren.

Die ÖVB unterstützt beide Berufsfeuerwehren und die Freiwilligen Feuerwehren mit ihren Jugendfeuerwehren in Bremen und Bremerhaven finanziell unter anderem bei der Anschaffung von feuerwehrtechnischen Geräten.

Mitarbeiter

Gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiter tragen mit ihren Leistungen unmittelbar zur Wettbewerbsfähigkeit und zum Geschäftserfolg bei. Lebenslanges Lernen ist notwendige Voraussetzung für die Sicherung der fachlichen Kompetenz. Alle Mitarbeiter können auf ein umfangreiches internes Weiterbildungsangebot zurückgreifen. Das Spektrum umfasst Seminarangebote zur verkäuferischen, fachlichen und persönlichen Qualifizierung. Darüber hinaus werden externe berufliche Fortbildungen, z. B. zum/zur Versicherungsfachwirt/in finanziell und zeitlich, unterstützt. Die ÖVB übernimmt die Lehrgangsgebühren und gewährt Bildungs- und Sonderurlaub für vorbereitende Seminare und Prüfungstage.

Neben der Investition in die Qualifizierung der Mitarbeiter sind auch die Bemühungen um deren Gesunderhaltung Ausdruck einer Unternehmenskultur, die auf eine hohe Identifikation und Bindung der Mitarbeiter abzielt. Zu dieser Unternehmenskultur gehört auch, dass Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander gefördert werden.

Im Jahr 2017 waren insgesamt 38 Angestellte und 2 Auszubildende bei der Öffentlichen Versicherung Bremen beschäftigt. Der Vorstand dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren Einsatz und die guten Arbeitsleistungen.

Vertrieb

Der Vertrieb der ÖVB Produkte erfolgt in enger Organisationsgemeinschaft mit den Vertriebsstrukturen der VGH, mit dem Ziel einer hohen Servicequalität, einer engen Kundenbindung und ausgeprägter Kundennähe. Dabei sind sich Unternehmen wie Vermittler stets der daraus entstehenden Verantwortung für ihre Kunden bewusst. Das Vertriebsnetz besteht im Wesentlichen aus zwei Hauptvertriebswegen, der selbstständigen Ausschließlichkeitsorganisation und den Sparkassen.

In der Ausschließlichkeitsorganisation sind für die ÖVB rund 23 Agenturen aktiv, die flächendeckend über Bremen und Bremerhaven verteilt sind. Ihr persönlicher Kontakt und individuelle Kenntnis der Verhältnisse vor Ort stellen die zentrale Schnittstelle zwischen Unternehmen und dem Kunden dar. Die Stärkung dieser Organisation wird kontinuierlich mit hohem Engagement vorangetrieben. Die Ausbildung von neuen Vermittlern durch ein eigenes Traineeprogramm sowie die Heranführung an eine Agenturführung durch ein Junior-Modell sichern eine durchgehend hohe Qualität der Beratung vor Ort sowohl im Verkaufsgespräch als auch bei der Kundenbetreuung im Schadenfall langfristig ab.

Im Land Bremen verfügen die 3 Kooperationspartner aus dem S-Finanzverbund mit ihren Geschäftsstellen über ein Servicenetz für unsere Kunden und bieten neben der Kompetenz in Versicherungsangelegenheiten auch ein umfassendes Angebot von Finanzdienstleistungen an.

Die Digitalisierung als eine zentrale Herausforderung in der Versicherungswirtschaft verändert den Markt und die Kundenerwartungen. Um dem Wandel von Technologie und Kommunikation gerecht zu werden, integriert die ÖVB die Online-Betreuung sukzessive in unser Geschäftsmodell, um die Bedürfnisse und Ansprüche des hybriden Kunden im Sinne einer Multikanalstrategie zu erfüllen. Die zentrale Schnittstelle zum Kunden bleibt dabei für die ÖVB der Vertriebspartner vor Ort.

Planungsabgleich 2017

Die Beitragsentwicklung verlief mit einem Zuwachs von 2,5 Prozent deutlich über dem Planwert. Insbesondere die konsequent fortgesetzten Sanierungsmaßnahmen, Indexanpassungen und vertriebliche Erfolge in der gewerblichen Sachversicherung führten zu der Planüberschreitung. Mehrfachschaadenanweisung, Beitragsanpassungen und Rabattcontrolling führten ebenfalls zu einem Beitragszuwachs.

Durch das Ausbleiben größerer Kumulschadenereignisse und signifikanter Großschäden lag die Schadenquote nach Abwicklung mit 50,7 Prozent deutlich unter dem Planwert von 56,5 Prozent und dem langjährigen Durchschnitt.

Die Kostenquote liegt mit 28,3 Prozent unter dem Planwert von 28,7 Prozent und ist zum Teil der überplanmäßigen Beitragsentwicklung zu verdanken. Die Nettoverzinsung liegt unter dem Planwert, da geringere außerordentliche Erträge notwendig waren, um Belastungen aus dem sonstigen nichttechnischen Ergebnis zu kompensieren.

Insgesamt ergab sich ein Überschuss vor Ertragssteuern, der deutlich über der Planerwartung lag.

Prognosebericht

Wirtschaftliches Umfeld

Die Planungen für 2018 gehen von einer Fortsetzung des wirtschaftlichen Aufschwungs in Deutschland aus, insbesondere getragen von der Binnennachfrage, den Unternehmensinvestitionen, dem Wohnungsbau und den Exporten. Das Bruttoinlandsprodukt wird laut ifo-Institut um 2,6 Prozent steigen. Die Inflation wird auf-

grund der guten Konjunktur ca. 1,9 Prozent betragen (2017: 1,8 Prozent). Wenn auch ein deutlicher Anstieg der Kapitalmarktzinsen nicht erwartet wird, könnte sich eine leichte Entspannung auf dem Zinsmarkt ergeben. Risiken ergeben sich aus den Unsicherheiten auf den Aktienmärkten. Für das Jahr 2018 prognostiziert der Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. für die Schaden- und Unfallversicherung insgesamt ein Beitragswachstum von 3,0 Prozent.

Planungen Öffentliche Versicherung Bremen

Die bei schadenbelasteten, untertarifierten und schweren Risiken eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen werden konsequent fortgesetzt. Die Öffentliche Versicherung Bremen geht für 2018 von einem über alle Sparten leicht rückläufigen Bestand aus und erwartet aber einen Beitragszuwachs um 2,5 Prozent (2017: + 2,5 Prozent) auf 26,65 Millionen Euro. In der privaten Sach- und Haftpflichtversicherung sollen die derzeitigen Ergebnisniveaus kontinuierlich verbessert werden. Dabei soll gleichzeitig der Marktanteil gehalten werden. Im Firmenkundengeschäft sollen systematische Vertragssanierungen durch konsequente Vertragseingriffe bei unrentablen Kundenverbindungen helfen, die versicherungstechnischen Ergebnisse auskömmlich zu gestalten. Die 2015 eingeleitete Umstrukturierung der industriellen Feuerversicherung ist abgeschlossen. Ziel des Sanierungskonzepts ist ein stabiles positives versicherungstechnisches Ergebnis, das die langfristige Tragfähigkeit des ÖVB-Geschäftsmodells sicherstellt.

Die Schadenerfahrungen der Vorjahre bilden die Planungsgrundlage für die Aufwendungen für Versicherungsfälle. Für das Jahr 2018 wird eine Schadenquote vor Abwicklung von ca. 57 Prozent erwartet. Die geplante bilanzielle Kostenquote liegt aufgrund der konsequenten Umsetzung von Budgetoptimierungen bei 29,0 Prozent. Die kombinierte Schaden-/Kostenquote (Combined Ratio) bewegt sich somit in der Erwartung bei rund 81 Prozent (2017: 79,0 Prozent).

Der Kapitalanlageertrag für das Jahr 2018 berücksichtigt nur das erwirtschaftete laufende Ergebnis von 0,43 Millionen Euro (Nettoverzinsung: 1,8 Prozent).

Als Ergebnis der oben beschriebenen Planungsprämissen liegt der erwartete Bruttoüberschuss (vor Steuern) bei rund 500 Tausend Euro. Mittelfristig wird von leicht steigenden Überschüssen ausgegangen.

Chancen- und Risikobericht

Ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Chancen und Risiken ist Ziel der Geschäftsstrategie. Folgende Erfolgsfaktoren sehen wir in der mittelfristigen Entwicklung des Unternehmens. Demgegenüber stehen die allgemeinen Risiken aus dem Versicherungsgeschäft und der strategischen Aufstellung der Öffentlichen Versicherung Bremen im regionalen Marktumfeld.

Chancenbericht

Regionalität und Einbindung in den Verbund

Die Öffentliche Versicherung Bremen ist eine Tochter der VGH Versicherungen (VGH) und der Sparkassen-Finanzgruppe. Mit der Sparkasse Bremen, der Weser-Elbe Sparkasse, der Norddeutschen Landesbank und der VGH bildet die Öffentliche Versicherung Bremen einen institutionellen Verbund. Sie kann zusammen mit der VGH auf rund 500 hauptberufliche Vertragspartner (inklusive der Gesellschafter der offenen Handelsgesellschaften (OHG)) zählen, davon 23 im Land Bremen. Auf Basis dieses Netzwerkes wird umfassender Service und Beratung, von der Schadenverhütung bis hin zur schnellen, kundenorientierten Schadenregulierung geboten. Mit der damit verbundenen Kundennähe sollen langfristig die Marktanteile gehalten

und Wettbewerbsvorteile im Geschäftsgebiet generiert werden. Diese Nähe, mit vielen Standorten im Geschäftsgebiet, trägt darüber hinaus dazu bei, den Kundenbedürfnissen durch unsere hohen Service- und Leistungsstandards gerecht zu werden.

Produktpolitik

Um die Produktpalette konsequent auf die Bedürfnisse unserer Kundengruppen ausrichten zu können, arbeiten wir eng mit der VGH Versicherung zusammen. Gemeinsam wurde das Angebot in den letzten Jahren kontinuierlich überprüft und an veränderte Kundenbedürfnisse angepasst. So wurde im Geschäftsjahr 2017 zum Beispiel eine Versicherung gegen Cyberrisiken für Gewerbe-, Landwirtschaft und Privatkunden entwickelt, die im Laufe des Jahres 2018 verkaufbar ist. Dem Außendienst bieten wir damit die Möglichkeit der regelmäßigen aktiven Kundenansprache und Vertragsneuordnung.

Risiko-/Ertragsorientierte Kapitalanlage

Das Kapitalanlagemanagement eines Versicherers zeichnet sich durch eine ausgewogene Gewichtung von Sicherheit, Rendite und Liquidität aus. Die Kapitalanlagen der Öffentlichen Versicherung Bremen werden im Wesentlichen in zwei Segmenten gesteuert: das Replikationsportfolio besteht aus sicheren Zinstiteln, die sich an den passivseitigen Verpflichtungen orientieren. Innerhalb des Risikoportfolios erfolgt eine aktive Risikoübernahme zur Erwirtschaftung einer Rendite oberhalb des Replikationsportfolios. In diesem Segment erfolgt eine professionelle, zeitnahe Risiko-Steuerung.

Die Kapitalanlagestrategie definiert den Umfang und die Struktur der genannten Segmente. Mit dieser überwiegend prognoseunabhängigen Aufstellung kann die Öffentliche Versicherung Bremen eine ihren Verpflichtungen angemessene Anlage und Rendite sicherstellen und das bereitgestellte Risikokapital effizient einsetzen.

Vertrieb

Unsere vertriebliche Ausrichtung basiert auf dem in unseren Statuten verankerten Regionalitätsprinzip mit der Konzentration auf die zwei Vertriebswege: hauptberufliche Ausschließlichkeitsorganisation und Sparkassen. Gestärkt wird dieses Modell durch die seit Generationen bestehende Kundennähe, die durch die hohe Fachkompetenz unserer Vertriebspartner in Beratung und Service gepflegt wird. Dazu zählen u. a. die fallabschließende Vertragsbearbeitung im Privatkundengeschäft und die fallabschließende Regulierung von Sach-Schäden.

Traditionell arbeiten wir im Bremer Markt als historisch gewachsenem Maklerplatz zudem auch mit ausgewählten Assekuradeuren und Maklerhäusern zusammen, um unsere Wettbewerbsposition zu stärken.

Unternehmenskultur/Mitarbeiter

Unsere Mitarbeiter und die Vertriebspartner tragen mit ihren Leistungen unmittelbar zu unserer hohen Wettbewerbsfähigkeit und somit zum Geschäftserfolg bei. Daher streben wir eine hohe Motivation und Identifikation unserer Mitarbeiter im Innen- und Außendienst an, fördern Respekt und Wertschätzung im Umgang miteinander und stärken das unternehmerische und eigenverantwortliche Denken und Handeln. Hierfür investieren wir zusammen mit der VGH in die Qualifikation und Gesunderhaltung der Mitarbeiter.

Risikobericht

Marktrisiko

Im Rahmen einer risikoadjustierten Portfoliosteuerung wird auf Basis einer Auslastungsanalyse über Risikonahme bzw. Risikoreduktion entschieden. Das verfügbare Risikokapitalvolumen wird mindestens einmal jährlich im Rahmen des Planungsprozesses vom Vorstand im Hinblick auf die absolute Höhe und prozentuale Risikoabdeckung beschlossen. Die Steuerung ist grundsätzlich an ökonomischen Belangen ausgerichtet, bilanzielle und aufsichtsrechtliche Rahmenbedingungen fließen als Restriktionen ein.

Die Risikomessung und -steuerung erfolgt in den Risikoklassen: Aktien, Zinsen, Credit-Spreads, Immobilien und Währungen auf Basis einer Value-at-Risk-orientierten Vorgehensweise. Diversifikationseffekte werden bei der Risikobewertung berücksichtigt.

Versicherungstechnisches Risiko

Den Risiken aus Naturgefahren kommt bei der Öffentlichen Versicherung Bremen mit hohem Marktanteil im Sachgeschäft bei gleichzeitig begrenztem Geschäftsgebiet eine wesentliche Bedeutung zu. Zur Abschätzung der Kumuleffekte wird dabei neben eigenen Einschätzungen auf die Expertise und die Simulationsinstrumente von Rückversicherern und Rückversicherungsmaklern zurückgegriffen. Über unsere sicherheitsorientierte Rückversicherungspolitik begrenzen wir bei allen versicherungstechnischen Risiken sowohl die maximale Schadenbelastung als auch unerwünschte Schwankungen hinsichtlich größerer Schäden aus einzelnen Policen.

Abwicklungsergebnisse

Jahr	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Schadenquote feR	75,5	77,1	73,0	82,8	83,8	89,8	80,6	73,6	65,8	50,4
Abwicklungsergebnis feR (in % der Eingangsrückstellung)	14,7	14,0	12,5	10,9	-0,6	7,9	4,3	15,0	15,9	26,2

Zur Begrenzung der Risiken in der täglichen Zeichnung bestehen für alle berechtigten Zeichnungsrichtlinien, die auch maschinell überwacht werden. Risikozeichnungen außerhalb der Vorgaben können nur unter Einbindung der Risikoverantwortlichen erfolgen. Zur Absicherung der Bearbeitungsrisiken im Schadenfall besteht durch die Marktnähe und das Schadenmanagement die Möglichkeit, kurzfristig schadenmindernd tätig zu werden. Das Risiko-Monitoring findet im Rahmen des internen Kontrollsystems (IKS) statt. In regelmäßigen Revisionsprüfungen ist die Einhaltung der Prozesse ein Schwerpunkt und hat im Berichtszeitraum zu keinerlei signifikanten Feststellungen geführt.

Kreditrisiko

Außerhalb der Kapitalanlage bestehen Kreditrisiken im Wesentlichen aus der Rückversicherung. Das grundsätzliche Risiko durch falsche Auswahl von Rückversicherungsvertragspartnern reduziert sich für die Öffentlichen Versicherung Bremen durch die 100-prozentige Rückversicherungsabgabe an die Landschaftliche Brandkasse Hannover als Konzernmutter deutlich.

Rechtsrisiko

Rechtsrisiken bestehen in der Kompositversicherung vorwiegend aus den geplanten gesetzgeberischen Vorhaben, die den unternehmerischen Entscheidungsspielraum in der Produktgestaltung (z. B. durch Versicherungspflichten) einschränken können sowie aus der deutschen oder europäischen höchstrichterlichen Rechtsprechung zur weiteren Gestaltung des Verbraucherschutzes. Wegen der branchenweiten Bedeutung nimmt die Arbeit der Verbände hier eine besondere Stellung ein.

Liquiditätsrisiko

Zur Sicherstellung einer ausreichenden Liquidität, insbesondere nach Großschaden- und Massenschadensereignissen, erfolgt eine rollierende Liquiditätsplanung, die unter Berücksichtigung der Zu- und Abflüsse auch eine Bereitstellung aus fungiblen Anlagen vorsieht.

Sonstige Risiken

Die sonstigen Risiken beinhalten neben dem operationellen Risiko das strategische und das Reputationsrisiko. Wesentliche Risiken werden laufend überwacht. Die Maßnahmen zur Risikominderung (Notfallmanagement und Kontrollsysteme) werden bei jedem Durchlauf der Risikoinventur (zweimal pro Jahr) überprüft.

Niedrigzins

Aufgrund der kürzeren Duration der Kapitalanlagen eines Kompositversicherers wird eine anhaltende Niedrigzinsphase spürbar die laufende Durchschnittsverzinsung und somit das Kapitalanlageergebnis absenken.

Demographischer Wandel

Eine steigende Lebenserwartung und sinkende Geburtenzahlen wirken sich auf die gesamte Gesellschaft aus. Der demographische Wandel ist Herausforderung und Chance zugleich. Er beeinflusst alle Lebensbereiche. Die daraus resultierenden Auswirkungen werden von uns kontinuierlich berücksichtigt und fließen in unsere strategischen Lösungen bei der Entwicklung und Erweiterung unserer Versicherungsprodukte mit ein, um zukünftigen Anforderungen gerecht zu werden.

Zusammenfassende Darstellung der Risikolage

Im Ergebnis ist festzustellen, dass vor dem Hintergrund der getroffenen Maßnahmen gegenwärtig keine Risiken erkennbar sind, die die Vermögens-, Finanz- oder Ertragslage der Öffentlichen Versicherung Bremen nachhaltig oder wesentlich beeinträchtigen.

Risikomanagementsystem

Risikoorganisation und Risikomanagement

Das vom Vorstand installierte Risikomanagementsystem hat die Aufgabe, Risiken frühzeitig zu erkennen, zu analysieren und geeignete Maßnahmen zur Bewältigung zu entwickeln. Es bildet den organisatorischen Rahmen, um den Risikomanagementprozess wirksam zu betreiben und laufend zu verbessern.

Das Risikokomitee ist mit der zentralen Koordination und Steuerung der Risiken befasst. Bei seiner Arbeit wird es durch einen Risikoausschuss unterstützt. Die Risikomanagementfunktion überwacht laufend die Gesamtrisikosituation, begleitet die operativen Bereiche bei der Steuerung und Bewertung ihrer Risiken und ist verantwortlich für die Risikoberichterstattung. Von der Internen Revision wird das Risikomanagementsystem in regelmäßigen Abständen einer Prüfung unterzogen. Der Aufsichtsrat wird regelmäßig über die Risikolage des Unternehmens informiert.

Aus der Geschäftsstrategie ist die Risikostrategie abgeleitet. Diese beschreibt in den risikostrategischen Grundsätzen die Rahmenbedingungen, nach denen die operative Risikosteuerung erfolgt. Die Risikostrategie bildet die Basis für die Ausgestaltung des Risikofrüherkennungssystems und des Risikotragfähigkeitskonzepts.

Mit dem Risikofrüherkennungssystem der Öffentlichen Versicherung Bremen sind Risiken, die sich wesentlich oder bestandsgefährdend auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage auswirken können, frühzeitig erkennbar. Durch das systematische Erfassen von Veränderungen der Risikopositionen wird sichergestellt, dass den einzelnen Risiken durch geeignete Maßnahmen rechtzeitig begegnet werden kann.

Die Risikoorganisation umfasst die aufsichtsrechtlichen Anforderungen an ein Governance-System sowie die quantitative und qualitative Berichterstattung nach Solvency II.

Nachtragsbericht

Nach dem Bilanzstichtag haben sich keine Veränderungen der Einschätzung der geschilderten Vermögens-, Finanz- und Ertragslage ergeben.

Alle im Wirtschaftsbericht genannten Fakten sowie die Einschätzungen der Prognoseberichterstattung und die Darstellung der Chancen und Risiken haben unverändert Gültigkeit.

Weitere Informationen

Governance

Der Vorstand bekennt sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung. Leitlinie seines Handelns sind die gesetzlichen und satzungsmäßigen Rahmenbedingungen als öffentlich-rechtliche Versicherungsunternehmen sowie die allgemein anerkannten Grundsätze einer guten Corporate Governance.

GDV-Verhaltenskodex

Die Öffentliche Versicherung Bremen ist ebenso wie die Landschaftliche Brandkasse Hannover und weitere Verbundunternehmen dem GDV-Verhaltenskodex mit Wirkung zum 1.4.2014 beigetreten. Dieser Verhaltenskodex stellt eine Selbstverpflichtung aller beigetretenen Versicherungsunternehmen dar, den gestiegenen Kundenbedürfnissen und sich abzeichnenden gesetzlichen Anforderungen an die Transparenz und Verbindlichkeit im Rahmen der Vermittlung von Versicherungsprodukten Rechnung zu tragen. Inhaltlich steht ein hoher Anspruch an die Qualifikation der Beratung, deren Dokumentation sowie klare und verständliche Versicherungsprodukte im Vordergrund der in elf Punkten niedergelegten Selbstverpflichtung. Mit dem Beitritt haben sich die unter dem Dach der VGH agierenden Unternehmen dazu verpflichtet, diese Verhaltensregeln umzusetzen und einzuhalten.

Alle zwei Jahre wird die Umsetzung der Selbstverpflichtung durch einen unabhängigen Wirtschaftsprüfer geprüft. Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft – Fides Treuhand GmbH & Co. KG, Bremen – hat die Angemessenheit der per 31.3.2016 implementierten Regelungen für alle Unternehmen im Konzern bestätigt.

Dank des Vorstands

Der Vorstand dankt ausdrücklich allen Kunden für das entgegengebrachte Vertrauen. Unser besonderer Dank gilt den hauptberuflichen Vertretungen, den Sparkassen, der Bremer Landesbank sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihren großartigen Einsatz und die besonderen Leistungen, mit denen sie wesentlich zum Erfolg unseres Unternehmens im Geschäftsjahr 2017 beigetragen haben. Auch dem Personalrat danken wir für die konstruktive Zusammenarbeit.

Bremen, den 14. März 2018

Der Vorstand

Gewinnverwendungsvorschlag

Der Jahresüberschuss wird mit 1.306.784 Euro ausgewiesen. Aus dem Vorjahr besteht ein Gewinnvortrag in Höhe von 684.272 Euro.

Der Trägerversammlung wird vorgeschlagen, den Gewinnrücklagen 1.931.056 Euro zuzuführen und 60.000 Euro als Verzinsung des eingezahlten Trägerkapitals von 1,0 Million Euro zu verwenden.

Bremen, den 14. März 2018

Der Vorstand

Übrige Angaben

Versicherungszweige und Versicherungsarten

Feuerversicherung
 Feuer-Industrie-Versicherung
 Landwirtschaftliche Feuerversicherung
 Sonstige Feuerversicherung

 Verbundene Gebäudeversicherung
 Verbundene Hausratversicherung
 Einbruchdiebstahl- und Raubversicherung
 Leitungswasserversicherung
 Glasversicherung
 Sturmversicherung

 Allgemeine Haftpflichtversicherung
 (für den privaten Bereich)

 Versicherung zusätzlicher Gefahren zur Feuer- bzw.
 Feuer-Betriebsunterbrechungsversicherung
 (Extended Coverage-Versicherung)

 Betriebsunterbrechungsversicherung

 Verbundene Sach-Gewerbe-Versicherung

 Sonstige Schadenversicherung
 Mietverlustversicherung
 Schlüsselverlustversicherung

Verbandszugehörigkeit

Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft e.V.
 Berlin

 Verband der Schadenversicherer e.V. (VDS)
 Köln

 Verband öffentlicher Versicherer
 Düsseldorf

 Wiesbadener Vereinigung
 Bonn

 Institut für Schadenverhütung und Schadenforschung der öffentlichen
 Versicherer e.V.
 Kiel

 Arbeitgeberverband der Versicherungsunternehmen in Deutschland
 München

 Allgemeiner Arbeitgeberverband von Bremen
 Bremen

 Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V.
 Berlin

Jahresbilanz zum 31. Dezember 2017

Aktivseite	2017			2016
	€	€	€	€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		124.855,90		
II. Geleistete Anzahlungen		0	124.855,90	37.583
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken		57.484,55		57.485
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	278.719,58			278.720
2. Beteiligungen	240.705,00			240.705
3. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	600.000,00	1.119.424,58		600.000
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere		1.233.162,46		2.308.375
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere		13.302.939,50		11.097.310
3. Sonstige Ausleihungen	6.445.000,00			7.535.000
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500.000,00			500.000
5. Andere Kapitalanlagen	306,78	21.481.408,74	22.658.317,87	307
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherungsnehmer	275.514,00			280.525
2. Versicherungsvermittler	210.127,90	485.641,90		515.724
II. Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft				
davon: an verbundene Unternehmen 2.405.694 (523.917) €		2.408.536,22		526.823
davon: an Beteiligungsunternehmen 2.842 (2.906) €				
III. Sonstige Forderungen				
davon: an verbundene Unternehmen 68.400 (161.892) €		425.158,09	3.319.336,21	174.341
davon: an Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		63.075,39		69.015
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		1.919.535,40	1.982.610,79	1.563.813
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		206.104,05		
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		117.022,59	323.126,64	104.807
Summe der Aktivseite			28.408.247,41	26.134.412

Passivseite	2017			2016
	€	€	€	€
A. Eigenkapital				
I. Trägerkapital		1.000.000,00		1.000.000
II. Gewinnrücklagen				
1. Satzungsmäßige Rücklage	100.000,00			100.000
2. Andere Gewinnrücklagen	5.000.000,00	5.100.000,00		5.000.000
III. Bilanzgewinn		1.991.056,72	8.091.056,72	684.272
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge				
1. Bruttobetrag	4.642.134,00			4.525.446
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	1.800.644,00	2.841.490,00		1.567.946
II. Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
1. Bruttobetrag	12.781.238,15			12.855.644
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	7.815.545,00	4.965.693,15		7.643.920
III. Rückstellung für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattung				
1. Bruttobetrag	141.000,00			
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	141.000,00		0
VI. Schwankungsrückstellung und ähnliche Rückstellungen		6.307.888,62		5.854.960
V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen				
1. Bruttobetrag	322.147,10			330.131
2. davon ab: Anteil für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft	0,00	322.147,10	14.578.218,87	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Steuerrückstellungen		132.311,80		53.947
II. Sonstige Rückstellungen		2.799.101,59	2.931.413,39	2.779.874
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherungsnehmern	1.245.645,75			1.357.300
2. Versicherungsvermittlern	137.700,52	1.383.346,27		187.907
II. Sonstige Verbindlichkeiten		1.424.212,16	2.807.558,43	491.519
davon: aus Steuern 276.487 (273.089) €				
davon: im Rahmen der sozialen Sicherheit 0 (0) €				
davon: gegenüber verbundenen Unternehmen 1.027.742 (103.808) €				
davon: gegenüber Beteiligungsunternehmen 0 (0) €				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			0,00	78
Summe der Passivseite			28.408.247,41	26.134.412

Es wird bestätigt, dass die in der Bilanz unter dem Posten B II 1 der Passiva eingestellte Deckungsrückstellung unter Beachtung der §§ 341 f und 341 g HGB berechnet worden ist.

Bremen, den 14. März 2018
 Angelika Müller
 Verantwortliche Aktuarin

Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar bis 31. Dezember 2017

	2017			2016
	€	€	€	€
I. Versicherungstechnische Rechnung				
1. Verdiente Beiträge für eigene Rechnung				
a) Gebuchte Bruttobeiträge	27.074.974,94			26.435.228
b) Abgegebene Rückversicherungsbeiträge	- 16.215.765,00	10.859.209,94		- 14.915.971
c) Veränderung der Beitragsüberträge	- 116.688,00			- 90.413
d) Veränderung des Anteils der Rückversicherer an den Bruttobeitragsüberträgen	232.698,00	116.010,00	10.975.219,94	33.808
2. Sonstige versicherungstechnische Erträge feR			5.061,27	5.737
3. Aufwendungen für Versicherungsfälle feR				
a) Zahlungen für Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	- 13.483.206,24			- 13.795.733
bb) Anteil der Rückversicherer	7.710.198,00	- 5.773.008,24		7.007.386
b) Veränderung der Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle				
aa) Bruttobetrag	74.406,22			- 447.826
bb) Anteil der Rückversicherer	171.625,00	246.031,22	- 5.526.977,02	539.429
4. Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Netto-Rückstellungen				
a) Netto-Deckungsrückstellung			0	0
b) Sonstige versicherungstechnische Netto-Rückstellungen		0	7.983,92	1.631
5. Aufwendungen für erfolgsabhängige und erfolgsunabhängige Beitragsrückerstattungen feR			- 123.950,75	- 107.314
6. Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb feR				
a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		- 7.775.484,78		- 7.818.925
b) davon ab: erhaltene Provisionen und Gewinnbeteiligungen aus dem in Rückdeckung gegebenen Versicherungsgeschäft		4.791.544,97	- 2.983.939,81	4.596.506
7. Sonstige versicherungstechnische Aufwendungen feR			- 286.797,51	- 275.007
8. Zwischensumme			2.066.600,04	1.168.536
9. Veränderung der Schwankungsrückstellung und ähnlicher Rückstellungen			- 452.928,35	- 1.176.911
10. Versicherungstechnisches Ergebnis feR			1.613.671,69	- 8.376
Übertrag:			1.613.671,69	- 8.376

	2017			2016
	€	€	€	€
Übertrag:			1.613.671,69	- 8.376
II. Nichtversicherungstechnische Rechnung				
1. Erträge aus Kapitalanlagen				
a) Erträge aus Beteiligungen	7.501,00			7.501
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
b) Erträge aus anderen Kapitalanlagen				
davon: aus verbundenen Unternehmen 0 (0) €				
aa) Erträge aus Grundstücken, grundstücks- gleichen Rechten und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	16.704,00			16.704
bb) Erträge aus anderen Kapitalanlagen	498.577,44			582.452
c) Erträge aus Zuschreibungen	25.259,25			74.291
d) Gewinne aus dem Abgang von Kapitalanlagen	177.653,69	725.695,38		827.774
2. Aufwendungen für Kapitalanlagen				
a) Aufwendungen für die Verwaltung von Kapitalanlagen, Zins- und sonstige Aufwendungen für die Kapitalanlagen	- 9.285,38			- 5.772
b) Abschreibungen auf Kapitalanlagen	- 28.506,93			- 13.726
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	- 10.490,85	- 48.283,16	677.412,22	0
3. Sonstige Erträge				
		133.038,78		100.466
4. Sonstige Aufwendungen				
davon: aus der Aufzinsung aus Rückstellungen 99.674 (144.001) €		- 1.038.440,40	- 905.401,62	- 703.434
5. Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit				
			1.385.682,29	877.880
6. Steuern vom Einkommen und vom Ertrag				
			- 78.365,00	0
7. Sonstige Steuern				
			- 533,00	- 757
8. Jahresüberschuss				
			1.306.784,29	877.123

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

AKTIVA

- A. Immaterielle Vermögensgegenstände** Die Bewertung der immateriellen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten abzüglich planmäßiger Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer.
- B. Kapitalanlagen** Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken sind mit den Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten bewertet.
- Anteile an verbundenen Unternehmen beziehen sich auf die iw – Informationsverarbeitung für Versicherungen GmbH. Sie ist mit den Anschaffungskosten und – soweit vorgenommen – vermindert um Abschreibungen gemäß § 253 HGB bewertet.
- Die Beteiligungen an der Deutschen Rückversicherung und OEV Online-Dienste GmbH sind mit den Anschaffungskosten bilanziert.
- Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere sowie Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere sind mit dem Börsen- oder Marktpreis, höchstens mit den Anschaffungskosten bewertet; das Wertaufholungsgebot wird beachtet.
- Sonstige Ausleihungen sind gemäß § 341 c HGB mit dem Nennwert ausgewiesen. Für Anschaffungskosten unter dem Nennbetrag wurde ein passiver Rechnungsabgrenzungsposten gebildet.
- Einlagen bei Kreditinstituten sind mit dem Nennwert ausgewiesen.
- C. Forderungen** Forderungen werden mit dem Nennwert angesetzt. Notwendige Abschreibungen und Wertberichtigungen werden vorgenommen.
- Abrechnungsforderungen aus dem Rückversicherungsgeschäft sind mit dem Nennwert ausgewiesen.
- D. Sonstige Vermögensgegenstände** Der Bilanzansatz der Sachanlagen und Vorräte sowie der anderen Vermögensgegenstände erfolgt mit den Anschaffungskosten. Die Sachanlagen sind vermindert um die steuerlich zulässige Absetzung für Abnutzung.
- Der Ausweis der laufenden Guthaben bei Kreditinstituten, der Schecks und des Kassenbestandes erfolgt mit dem Nennbetrag.

PASSIVA

B. Versicherungstechnische Rückstellungen

Die Beitragsüberträge für das selbst abgeschlossene Geschäft werden je Vertrag unter Beachtung der aufsichtsbehördlichen Vorschriften nach dem pro rata temporis System berechnet. Die nicht übertragungsfähigen Kostenbestandteile werden abgesetzt. Die Anteile für das in Rückdeckung gegebene Versicherungsgeschäft entsprechen den Rückversicherungsverträgen. Für das in Rückdeckung übernommene Geschäft sind die Beitragsüberträge nach den Aufgaben der Zedenten gestellt. Der koordinierte Ländererlass vom 9.3.1973 wird berücksichtigt.

Die Rückstellung für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle ist für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft je Schadenfall individuell ermittelt. Die Rückstellung für noch nicht gemeldete Spätschäden ist nach den Erfahrungen der Vorjahre angemessen geschätzt und hinzugesetzt worden. Die Anteile der Rückversicherer wurden in der vertragsmäßigen Höhe berücksichtigt.

Die Berechnung der noch zu erwartenden Schadenregulierungsaufwendungen erfolgt nach dem koordinierten Ländererlass vom 22.2.1973 sowie im Geschäftsjahr zusätzlich nach herangezogenen Erfahrungswerten der Versicherung.

Zweifelsfrei zu erwartende Erträge aus Regressen, Provenues und Teilungsabkommen werden abgesetzt.

Die Rentendeckungsrückstellung ist nach versicherungsmathematischen Grundsätzen bei erstmaliger Bildung bis zum 31.12.2016 mit 1,25 Prozent und ab dem 1.1.2017 mit 0,9 Prozent diskontiert. Als Ausscheideordnung wird die Sterbetafel DAV 2006 HUR angesetzt.

Für das in Rückdeckung übernommene Versicherungsgeschäft sind die Rückstellungen nach den Aufgaben der Zedenten eingestellt oder geschätzt.

Sowohl für das selbst abgeschlossene als auch das übernommene Geschäft werden die Schwankungsrückstellung und im übernommenen Geschäft die Rückstellung für Terrorrisiken nach den entsprechenden Vorschriften des HGB und der RechVersV ermittelt.

Die Stornorückstellung für die zu erwartenden Beitragsausfälle ist aufgrund von Erfahrungswerten der Vergangenheit berechnet.

In der verbundenen Wohngebäudeversicherung besteht weiterhin in Höhe der erwarteten Verluste eine Rückstellung für drohende Verluste.

- C. Andere Rückstellungen**
- Die Berechnung der mitarbeiterbezogenen Rückstellungen für Altersteilzeitverpflichtungen, zukünftige Jubiläumsszahlungen und Beihilfeverpflichtungen erfolgt nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren.. Die „Richttafeln 2005 G“ nach Dr. Klaus Heubeck werden – für die Beihilferückstellung mit einem Abschlag von 20 Prozent während des Rentenbezugs – angewendet.
- Die Berechnungen erfolgen auf Basis der von der Bundesbank zum 31.12.2017 veröffentlichten Zinssätze für Verpflichtungen mit 15-jähriger Laufzeit mit einem Zinssatz von 2,80 Prozent (Vorjahr: 3,24 Prozent).
- Bei den Altersteilzeit- und Jubiläumsverpflichtungen wurden zukünftige, nicht bekannte Gehalts- und Rentenanpassungen mit 3,0 Prozent bzw. 2,5 und 1,0 Prozent pro Jahr berücksichtigt.
- Die Rückstellung für Altersteilzeit enthält auch Beträge für Mitarbeiter mit einem Anspruch auf Abschluss nach der gültigen Altersteilzeitvereinbarung.
- Die Rückstellung für Beihilfeverpflichtungen berücksichtigt zur Abschätzung des Verpflichtungsumfangs die durchschnittlichen Beihilfezahlungen der vergangenen Jahre; eine Kostensteigerung von 2,5 Prozent pro Jahr erhöht den Verpflichtungsbetrag.
- Die Rückstellung für Provisionsverpflichtungen im Zusammenhang mit Vertreterwechsel ist mit dem Barwert der bereits erdienten zukünftigen Verpflichtung bewertet worden. Die vom Unternehmen abgeschlossenen Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen sind mindernd berücksichtigt. Die Abzinsung erfolgt entsprechend der Laufzeit mit den von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätzen zwischen 1,26 und 2,95 Prozent (Vorjahr: zwischen 1,59 und 3,36 Prozent). Ein Fluktuationsabschlag wurde berücksichtigt.
- Alle übrigen Rückstellungen tragen den erkennbaren Risiken und ungewissen Verbindlichkeiten angemessen Rechnung. Sie sind in der Höhe gebildet, die nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung zur Erfüllung notwendig ist.
- Eine Diskontierung wurde bei voraussichtlich mehr als einjähriger Laufzeit mit den von der Bundesbank vorgegebenen Zinssätzen vorgenommen.
- D. Andere Verbindlichkeiten**
- Der Ansatz erfolgt grundsätzlich mit dem Erfüllungsbetrag.
- Sonstige Angaben**
- Die Ermittlung von aktiven und passiven latenten Steuern mit einem Steuersatz in Höhe von 31,9 Prozent führt zu einem aktivischen Überhang, der unter Anwendung des Wahlrechts nicht berücksichtigt wurde. Wesentliche aktive latente Steuern ergeben sich aus mitarbeiterbezogenen und versicherungstechnischen Rückstellungen.

Haftungsverhältnisse

Zum 1.1.2015 hat die Öffentliche Versicherung Bremen (ÖVB) ihre Pensionsverpflichtungen durch eine Schuldbeitrittsvereinbarung an die Landschaftliche Brandkasse Hannover (LH) übertragen.

Die ÖVB haftet weiterhin originär für die bestehenden und künftigen Pensionsverpflichtungen der ÖVB. Die LH hat im Rahmen der genannten Schuldbeitrittsvereinbarung erklärt, für die Pensionsverpflichtungen der Öffentlichen Versicherung Bremen wie der eigentliche Schuldner neben diesem originär und nicht bloß sekundär zu haften. Die LH hat ferner erklärt, die tatsächliche Erfüllung der Leistungsverpflichtung zu übernehmen. Zum 31.12.2017 betragen die Pensionsverpflichtungen 17.389.606 Euro (Vorjahr: 16.505.715 Euro), davon 2.541.222 Euro (Vorjahr: 2.518.197 Euro) für ehemalige Mitglieder des Vorstands und Hinterbliebene.

Entwicklung der Aktivposten A, B I bis III	Bilanz- werte	Zugänge	Um- buchungen	
	2016			
	€	€	€	
A. Immaterielle Vermögensgegenstände				
I. entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	37.683	111.348	0	
II. Geleistete Anzahlungen	0	0	0	
Summe A.	37.683	111.348	0	
B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	57.484	0	0	
B II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	278.720	0	0	
2. Beteiligungen	840.705	0	0	
Summe B II.	1.119.425	0	0	
B III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	2.308.375	151.460	0	
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	11.097.310	4.176.440	0	
3. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	7.535.000	500.000	0	
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	0	0	0	
c) Übrige Ausleihungen	0	0	0	
4. Einlagen bei Kreditinstituten	500.000	0	0	
5. Andere Kapitalanlagen	307	0	0	
Summe B III.	21.440.992	4.827.900	0	
Insgesamt	22.655.584	4.939.248	0	

Bewertungsmethoden zur Ermittlung des Zeitwerts

Der Zeitwert für Grundstücke und Bauten entspricht dem Ertragswert. Die Bewertung der Grundstücke und Bauten erfolgte im Geschäftsjahr 2014.

Die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen und Beteiligungen erfolgt nach dem Ertragswertverfahren, dem Net Asset Value mit einer angemessenen Fortschreibung der Anschaffungskosten oder wurde aus Anteilsverkauf/-veräußerung hergeleitet.

Abgänge	Zuschreibungen	Abschreibungen	Bilanzwert	Zeitwerte*)	Stille Reserven*)
			2017	2017	2017
€	€	€	€	€	€
0	0	24.175	124.856		
0	0	0	0		
0	0	24.175	124.856	124.856	0
0	0	0	57.484	334.080	276.596
0	0	0	278.720	278.720	0
0	0	0	840.705	1.248.013	407.308
0	0	0	1.119.425	1.526.733	407.308
1.221.330	0	5.343	1.233.162	1.432.320	199.158
1.972.906	25.259	23.164	13.302.940	13.932.038	629.098
1.590.000	0	0	6.445.000	6.731.653	286.653
0	0	0	0	0	0
0	0	0	0	0	0
0	0	0	500.000	581.814	81.814
0	0	0	307	307	0
4.784.235	25.259	28.507	21.481.409	22.678.132	1.196.722
4.784.235	25.259	52.682	22.783.174	24.663.801	1.880.626

Bei anderen Beteiligungen entsprechen die Zeitwerte den jeweiligen Buchwerten. Die übrigen Kapitalanlagen wurden entsprechend § 56 Abs. 2 und 3 RechVersV bewertet.

Bei nicht börsengehandelten Namensschuldverschreibungen und Schuldscheindarlehen wird der Zeitwert nach der Discounted-Cashflow Methode ermittelt. Dabei wird der individuellen Bonität der Anlagen über laufzeitunabhängige Risikoaufschläge Rechnung getragen. Bei den Sonstigen Ausleihungen wird der Zeitwert anhand von Zinsstrukturkurven ermittelt.

Anhang

Erläuterungen zu den AKTIVA

B. Kapitalanlagen

- | | |
|---|---|
| <p>B I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken</p> | <p>Der Grundbesitz umfasst am Ende des Geschäftsjahres ein Grundstück. Das Grundstück des Bestandes ist mit einem Erbbaurecht belastet. Das in den Kapitalanlagen ausgewiesene Grundstück wird von der Öffentlichen Versicherung Bremen nicht selbst genutzt, sondern verpachtet.</p> |
| <p>B II. 1. Anteile an verbundenen Unternehmen</p> | <p>Die Position resultiert aus einer Beteiligung von 2,55 Prozent an der Stammeinlage (10,5 Millionen Euro) an der ivv-Informationssysteme für Versicherungen GmbH.</p> |
| <p>B II. 2. Beteiligungen</p> | <p>Der Posten enthält folgende Beteiligungen: 0,25 Prozent des Nennbetrages (25,0 Millionen Euro) der Deutschen Rückversicherung Aktiengesellschaft Düsseldorf und Berlin und 1,27 Prozent des Stammkapitals (0,8 Millionen Euro) an der OEV Online Dienste GmbH.</p> |
| <p>D. Sonstige Vermögensgegenstände</p> | |
| <p>D I. Sachanlagen und Vorräte</p> | <p>Die Zugänge im Geschäftsjahr betragen 35.887 Euro, die buchmäßigen Abgänge 14.295 Euro. Abgeschrieben wurden 27.532 Euro.</p> |
| <p>E. Rechnungsabgrenzungsposten</p> | <p>Dieser Posten enthält im Wesentlichen anteilige Zinsen für 2017, die erst in 2018 fällig werden in Höhe von 206.104 (243.779) Euro sowie vorausgezahlte Abschlussprovisionen von 108.364 (94.406) Euro.</p> |

Erläuterungen zu den PASSIVA

B. Versicherungstechnische Rückstellung	Versicherungstechnische Bruttoreückstellungen insgesamt		Bruttoreückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle		Schwankungsrückstellungen und ähnliche Rückstellungen	
	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
Feuer	2.958.989	3.844.359	1.954.584	3.007.310	734.526	594.434
Verbundene Wohngebäude	11.460.287	10.508.718	4.864.390	4.102.782	3.766.321	4.019.005
Verbundene Hausrat	2.066.414	1.707.595	679.857	632.740	436.763	121.262
Gesamtes Versicherungsgeschäft	24.194.408	23.691.382	12.781.238	12.855.644	6.307.889	5.854.960

B V. Sonstige versicherungstechnische Rückstellungen

In der verbundenen Wohngebäudeversicherung besteht eine Rückstellung für drohende Verluste in Höhe von 300.000 Euro.

In den Sparten Wohngebäude-Sturm und Sturm besteht eine Verstärkung der Schwankungsrückstellung im Rahmen des Sturm-Kumulrisikos. Der Rückstellung wurden im Geschäftsjahr 300.000 Euro zugeführt. Zum 31.12.2017 beträgt die Rückstellung 670.000 Euro.

C. Andere Rückstellungen

C II. Sonstige Rückstellungen

	2017 €	2016 €
Provisionsverpflichtungen im Zusammenhang mit Vertreterwechsel	1.221.989	1.186.264
Noch nicht verdiente Provisionen	422.083	598.899
Erstellung, Druck, Veröffentlichung und Prüfung des Jahresabschlusses	173.362	179.389
Verpflichtungen aus Altersteilzeit	366.868	265.751
Mitarbeiterjubiläen	53.434	45.896
Urlaubsverpflichtungen, Tantieme und Gleitzeit	287.007	254.625
Beihilfeverpflichtungen	116.805	99.323
Übrige	157.554	149.727
Insgesamt	2.799.102	2.779.874

Die Rückstellung für Provisionsverpflichtungen im Zusammenhang mit Vertreterwechsel setzt sich zusammen aus dem Barwert der bereits erdienten zukünftigen Verpflichtungen von 1.552.730 Euro abzüglich der Rückdeckungsansprüche aus Lebensversicherungen von 330.741 Euro. Die Zuführungen (einschließlich Zinszuführungen) betragen 158.390 Euro. Die Zahlungen im Geschäftsjahr betragen 122.665 Euro.

In der Rückstellung für Urlaubsverpflichtungen, Tantieme und Gleitzeit ist eine Rückstellung für die Umwandlung in Lebensarbeitszeitkonten über 119.498 Euro enthalten.

- D. Andere Verbindlichkeiten** Es bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren. Ebenfalls bestehen keine Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von einem bis zu fünf Jahren. Sämtliche Verbindlichkeiten bestehen mit einer Restlaufzeit von unter einem Jahr.
- E. Rechnungsabgrenzungsposten** Abgegrenzt werden Disagioträge aus Kapitalanlagen in Höhe von 78 (354) Euro.

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

	Gebuchte Bruttobeiträge		Verdiente Bruttobeiträge		Verdiente Nettobeiträge	
	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
Feuer	3.666.251	3.634.301	3.651.810	3.616.008	422.944	394.896
Verbundene Wohngebäude	11.778.758	11.133.213	11.652.283	11.048.664	4.610.479	5.017.620
Verbundene Hausrat	3.632.372	3.639.832	3.638.968	3.628.805	1.783.530	1.759.562
Gesamtes Versicherungsgeschäft	27.074.975	26.435.228	26.958.287	26.344.815	10.975.220	11.462.652

	Bruttoaufwendungen für Versicherungsfälle		Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb		Versicherungstechnisches Ergebnis für eigene Rechnung	
	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €	2017 €	2016 €
Selbst abgeschlossenes Versicherungsgeschäft						
Feuer	1.227.522	2.585.622	1.342.452	1.271.743	- 289.075	- 572.585
Verbundene Wohngebäude	7.664.607	7.002.108	2.943.947	2.938.366	266.305	- 819.721
Verbundene Hausrat	1.368.978	1.817.623	930.533	902.178	385.624	406.629
Gesamtes Versicherungsgeschäft	13.408.800	14.243.559	7.775.485	7.818.925	1.613.672	- 8

Der Rückversicherungssaldo beträgt - 3.309.699 (- 2.738.842) Euro.

- I 6 a) Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb** Von den Bruttoaufwendungen für den Versicherungsbetrieb entfallen 3.521.250 (3.893.182) Euro auf den Abschluss von Versicherungsverträgen und 4.254.235 (3.925.743) Euro auf den laufenden Verwaltungsaufwand.

Sonstige Angaben

Provisionen und sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter, Personalaufwendungen

	2017 €	2016 €
1. Provisionen jeglicher Art der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB für das selbst abgeschlossene Versicherungsgeschäft	3.491.559	3.802.746
2. Sonstige Bezüge der Versicherungsvertreter im Sinne des § 92 HGB	117.155	71.319
3. Löhne und Gehälter	1.679.383	1.713.005
4. Soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	358.090	277.248
5. Aufwendungen für Altersversorgung	285.050	8.777
6. Aufwendungen insgesamt	5.931.237	6.037.157

Anzahl der mindestens einjährigen Versicherungsverträge im selbst abgeschlossenen Versicherungsgeschäft

	2017 Stück	2016 Stück
Feuer	5.308	5.178
Verbundene Wohngebäude	24.810	25.478
Verbundene Hausrat	22.246	22.599
Gesamtes Versicherungsgeschäft	102.228	103.094

Weitere Angaben

Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln sowie Haftungsverhältnisse aus der Begebung von Sicherheiten für fremde Verbindlichkeiten bestehen nicht. Es bestehen keine Resteinzahlungsverpflichtungen auf Aktienbestände, die in den Kapitalanlagen enthalten sind.

Mitarbeiter der Öffentlichen Versicherung haben von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, im Sinne von § 7 d Abs. 1 SGB IV Wertguthaben zur Lebensarbeitszeitverkürzung anzusammeln. Zum Insolvenzschutz dieser Wertguthaben wurde ein Treuhandkonto bei einem inländischen Kreditinstitut eingerichtet. Das Guthaben dieses Kontos beträgt 171.958 Euro zum 31.12.2017.

Als Mitglied des Solidaritätspools der Öffentlichen Versicherer haben wir eine Deckungszusage gegeben, bestimmte Terrorismusgroßschäden solidarisch zu tragen. Die Haftung ist auf 1.036.000 Euro beschränkt.

Die durchschnittliche Zahl der im Berichtsjahr beschäftigten Mitarbeiter betrug 41. Sie setzt sich zusammen aus 39 Angestellten und 2 Auszubildenden. Bei den Angestellten entfallen im Innendienst 38 Mitarbeiter auf die Hauptverwaltung und 1 Mitarbeiter auf unsere Geschäftsstelle.

Die Gesamtbezüge des Vorstands betragen für das Geschäftsjahr 260.134 Euro.

An ehemalige Mitglieder des Vorstands oder deren Hinterbliebene wurden insgesamt 201.458 Euro gezahlt.

An Mitglieder des Aufsichtsrates wurden im Geschäftsjahr insgesamt 23.090 Euro gezahlt.

An Mitglieder des Beirates wurden im Geschäftsjahr insgesamt 21.140 Euro gezahlt.

Das im Geschäftsjahr als Aufwand erfasste Honorar für den Abschlussprüfer beträgt für die Abschlussprüfung 49.336 Euro.

Die Namen der Mitglieder des Aufsichtsrates und des Vorstandes sind auf den Seiten 5 bis 8 angegeben.

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahres haben nicht stattgefunden.

Der Jahresüberschuss wird mit 1.306.784 Euro ausgewiesen. Aus dem Vorjahr besteht ein Gewinnvortrag in Höhe von 684.272 Euro. Der Trägerversammlung wird vorgeschlagen, den Gewinnrücklagen 1.931.056 Euro zuzuführen und 60.000 Euro als Verzinsung des Trägerkapitals zu verwenden.

Bremen, den 14. März 2018

Der Vorstand

Frank Müller

Dirk Wurzer

Bestätigungsvermerk

Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Öffentliche Versicherung Bremen, Bremen, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Anstalt zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 und
- vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Gemäß § 322 Absatz 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

Grundlage für die Prüfungsurteile

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben.

Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Absatz 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Absatz 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2017 bis zum 31. Dezember 2017 waren.

Wir haben bestimmt, dass es keine besonders wichtigen Prüfungssachverhalte gibt, die in unserem Bestätigungsvermerk mitzuteilen sind.

Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes die Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Anstalt zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Anstalt vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Anstalt abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Anstalt zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Anstalt ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.

- beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Anstalt vermittelt.
- beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Anstalt.
- führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, es wurden keine besonders wichtigen Sachverhalte festgelegt oder Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen

Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 28. April 2017 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 11. Januar 2018 vom Vorstand beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 1990 als Abschlussprüfer der Öffentliche Versicherung Bremen tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Aufsichtsrat nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

**Verantwortlicher
Wirtschaftsprüfer**

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Rolf Söhle.

Bremen, den 19. April 2018

FIDES Treuhand GmbH & Co. KG
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

ppa.

(Spanier)
Wirtschaftsprüfer

(Söhle)
Wirtschaftsprüfer

Bericht des Aufsichtsrats

Der Aufsichtsrat der Öffentlichen Versicherung Bremen hat während des Berichtsjahres aufgrund regelmäßiger Berichterstattung die Geschäftsführung des Vorstandes laufend überwacht. Er war in alle Entscheidungen von grundlegender Bedeutung für das Unternehmen eingebunden. In den drei turnusmäßig stattfindenden Sitzungen berichtete der Vorstand über die Geschäftslage, Geschäftsentwicklung und Risikosituation der Öffentlichen Versicherung Bremen. Ferner befasste sich der Aufsichtsrat eingehend mit der Unternehmensplanung für das Geschäftsjahr 2017, insbesondere mit dem Wirtschaftsplan und der mittelfristigen Ergebnisplanung. Mit ausführlichen Berichten über den Geschäftsverlauf hat der Vorstand quartalsweise schriftlich informiert.

Weitere Themen waren die Berichterstattung über das Risikomanagement, die versicherungsmathematische Funktion, die Vorstandsvergütungsrichtlinie sowie die Evaluierung der Aufsichtsrats Tätigkeit.

Die FIDES Treuhand GmbH & Co. KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Steuerberatungsgesellschaft, Bremen hat den Jahresabschluss und den Lagebericht geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrates haben rechtzeitig vor der Bilanzsitzung den Jahresabschluss nebst Lagebericht und den Bericht des Abschlussprüfers erhalten. Der Abschlussprüfer nahm an der Bilanzsitzung teil, berichtete über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung und beantwortete die Fragen der Mitglieder. Nach dem abschließenden Ergebnis seiner Prüfung billigte der Aufsichtsrat den Jahresabschluss und stellte ihn in der vorgelegten Form fest. Der Aufsichtsrat legt der Trägerversammlung den festgestellten Jahresabschluss zur Bestätigung vor und empfiehlt der Trägerversammlung, über die Gewinnverwendung entsprechend dem Vorschlag des Vorstands zu beschließen.

Aufsichtsrat und Vorstand bekennen sich zu den Grundsätzen guter und verantwortungsvoller Unternehmensführung und haben ihre Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr an diesen Grundsätzen ausgerichtet.

Der Aufsichtsrat dankt dem Vorstand sowie allen Mitarbeitern der Öffentlichen Versicherung Bremen für ihren Einsatz und für die geleistete Arbeit.

Bremen, den 15. Mai 2018

Hermann Kasten
Vorsitzender

Impressum

Herausgeber:

ÖVB

Öffentliche Versicherung Bremen

Martinstraße 30

28195 Bremen

Telefon (0421) 3043-0

Telefax (0421) 3043-4733

service@oebv.de

www.oebv.de